

N I E D E R S C H R I F T

zur Sitzung der Gemeindevertretung der Wahlzeit 2011-2016

am Mittwoch, den 17.12.2014.

Sitzungsbeginn: 19:00 Uhr

Sitzungsende: 20:45 Uhr

Anwesend:

CDU-Fraktion

Jost-Hendrik Kisslinger (Fraktionsvorsitzender), Konrad Ammenhäuser (ab 19:10 Uhr), Dr. Christian Dittrich, Matthias Happel, Hilmar Stahl

SPD-Fraktion

Kurt Barth (Vorsitzender), Stephan Wenz (Fraktionsvorsitzender), Rolf Hintermeier, Andreas Kaletsch, Siegfried Koch, Karl-Heinz Kraft, Helmut Paulsen

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Lydia Schneider, Reinhard Ahrens, Frank Nowak

FDP-Fraktion

Christian Fischer (Fraktionsvorsitzender)

Fraktion Freie Bürgerliste Weimar

Hans Jakob Heuser (Fraktionsvorsitzender), Martina Klein, Winfried Laucht, Erika Zeman

Entschuldigt:

Von der CDU-Fraktion

Manfred Möller, Rainer Pfeffer

SPD-Fraktion

Jürgen Rabenau

Anwesende des Gemeindevorstandes:

Bürgermeister Peter Eidam, die Beigeordneten Thomas Nuhn (I. Beigeordneter), Elisabeth Wege, Reinhard Karber, Frank Dieffenbach, Helmut Wenz, Reiner Sauer, Andreas Tauche

Entschuldigt fehlten:

Alexander Steiß, Helge Fuhr

Schriftführerin:

Rita Rohrbach

Tagesordnung:

1. **Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**
2. **Bericht aus dem Gemeindevorstand;
Mitteilungen des Bürgermeisters**

3. **Verleihung von Ehrenbezeichnungen gemäß § 51 Ziffer 3 HGO in Verbindung mit § 6 der Hauptsatzung der Gemeinde Weimar (Lahn)**
11/38/2014/11-16
4. **Ehrungen**
11/39/2014/11-16
5. **Haushaltssatzung 2015 (Haushaltsplan, Stellenplan, Investitionsprogramm) und Haushaltssicherungskonzept**
20/22/2014/11-16
6. **Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie:
Ober- und unterwasserseitige Wiederanbindung des Altwassers (Röthger Pfuhl) an die Lahn**
60/12/2014/11-16
7. **A. Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 11.7 "In der Keilsläng", im Bereich "Weimarer Weg", Ortsteil Wenkbach;
B. 36. Änderung des Flächennutzungsplans "In der Keilsläng" im Bereich "Weimarer Weg" im Parallelverfahren**
41/52/2014/11-16
8. **Antrag der CDU-Fraktion vom 05.09.2014 auf Durchführung einer Organisationsuntersuchung;**
11/27/2014/11-16
9. **Berichte der Delegierten aus den Verbandsversammlungen**
11/82/2012/11-16
10. **Anfragen**
11. **Verschiedenes**

Tagesordnung:

1. **Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Kurt Barth, eröffnete um 19:00 Uhr die Sitzung, begrüßte die Anwesenden Mitglieder der Gemeindevertretung, des Gemeindevorstandes, Herrn Bürgermeister Eidam, die Schriftführerin, den Vertreter der Presse sowie die zahlreich erschienenen und gesondert eingeladenen Zuhörer und Zuschauer.

Er stellte fest, dass die Einladung form- und fristgerecht zugestellt und veröffentlicht wurde. Von 23 Gemeindevertreterinnen und -vertretern waren 19 anwesend, sodass das Gremium beschlussfähig war.

Den Mandatsträgern Andreas Kaletsch und Helge Fuhr gratulierte er nachträglich herzlich zum Geburtstag.
2. **Bericht aus dem Gemeindevorstand;
Mitteilungen des Bürgermeisters**
 1. Beschluss, eine Teilfläche aus dem Flurstück 19/19 (Flur 7) im Baugebiet „Hundsrück“ in einer Größe von ca. 4.964 m² an die Fairmont Bauplanung GmbH, Möllner Weg 3, 35085 Ebsdorfergrund, zu veräußern.
 2. Beschluss, die Ingenieurleistungen für die Maßnahme „Kanalsanierung in offener Bauweise“ inkl. partieller Gehwegreparaturen in Oberweimar (Koblenzer Straße) im Zuge der Deckenerneuerung durch HessenMobil, an

das Ing.-Büro BEST zu vergeben. Das Honorar beträgt nach Kostenschätzung rd. 16.100,- € brutto.

3. Beschluss, den Auftrag (Küche U3) an die Fa. Grebe aus Niederweimar zu erteilen.
4. Der Gemeindevorstand stimmt der geplanten Werbeanlage (OT Niederweimar, Herborner Straße) zu
5. Der Gemeindevorstand stimmt dem Befreiungsantrag (Auf der großen Hohl 37) zu.
6. Beschluss, die Löschung der Rückauffassungseintragung erst nach Erfüllung der vertraglichen Vereinbarungen zu erteilen.
7. Der Gemeindevorstand stellt den Entwurf zur Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2015 mit den Bestandteilen des Haushaltsplanes (Gesamthaushalt, Teilhaushalten, Stellenplan, Investitionsprogramm) sowie den Entwurf des Haushaltssicherungskonzeptes fest und legt ihn zur weiteren Beratung und Beschlussfassung der Gemeindevertretung vor.
8. Der Gemeindevorstand schlägt der Gemeindevertretung folgende Beschlussfassung vor:
Die Gemeindevertretung beschließt, für mindestens 20-jährige ehrenamtliche Tätigkeit gemäß § 51 Ziffer 3 HGO in Verbindung mit § 6 der Hauptsatzung der Gemeinde Weimar (Lahn) folgenden Personen eine Ehrenbezeichnung zu verleihen:
 1. Herbert Vollmer, Weimarer Weg 1, Ortsteil Wenkbach = Ehrenmitglied des Ortsbeirates Wenkbach
 2. Reiner Sauer, Am Heier 35, Ortsteil Roth = EhrenbeigeordneterDarüber hinaus schlägt der Gemeindevorstand Herrn Heinrich Rupp aus Wenkbach für eine Ehrung vor, da er das Amt des Ortsgerichtsschöffen 43 Jahre ausgeübt hat und in der Vergangenheit auch einige Zeit als Vors. der Gemeindevertretung tätig war.
Herr Günter Klein aus Argenstein wurde für eine Ehrung aufgrund seiner Tätigkeit als Bürgerbusfahrer vorgeschlagen, die er seit Einführung des Angebotes ausführt.
Weiterhin wurde Herr Hans-Heinrich Heuser für eine Ehrung aufgrund 40-jähriger ehrenamtlicher Tätigkeit vorgeschlagen.
9. Der Gemeindevorstand empfiehlt der Gemeindevertretung folgende Beschlussfassung:
Die Gemeindevertretung beschließt, gemäß § 2 Abs. 1 BauGB
 - A. die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 11.7 „In der Keisläng“ im Bereich „Weimarer Weg“ und
 - B. die 36. Änderung des Flächennutzungsplanes „In der Keisläng“ im Parallelverfahren.Das Plangebiet zu A. und B. befindet sich am Nordrand des Ortsteils Wenkbach am „Weimarer Weg“ auf einer Teilfläche des Flurstücks 60/1 der Flur 1, Gemarkung Wenkbach.
Die Kosten des Verfahrens trägt der Veranlasser bzw. der durch die Aufstellung des Bebauungsplanes Begünstigte.
Der Gemeindevorstand wird beauftragt, den Beschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

10. Beschluss, dem FC Weimar, angelehnt an den Beschluss der Gemeindevertretung vom 09.07.2009, einen jährlichen pauschalen Zuschuss in Höhe von 500,00 € zu gewähren. Mit diesem Zuschuss sind seitens der Gemeinde alle Kosten für Platznutzungen berücksichtigt.
11. Beschluss, das Ing.-Büro BEST mit dem Vorentwurf zum Hochwasserschutz (Oberweimar) zu beauftragen. Das Honorar beträgt 12.000,-€ brutto.
12. Beschluss, den Bereich der Gaststätte am Bürgerhaus Niederwalgern an den derzeitigen Pächter zu veräußern. Die Rahmenbedingungen hinsichtlich der Zuordnung von Stellplätzen auf dem Bürgerhausparkplatz, der gemeinsamen Nutzung der Zufahrt und des Zuganges, eines Rückkaufsvorranges, sowie der Ver- und Entsorgungsleitungen sind im Detail durch die Verwaltung in Abstimmung mit dem Erwerber zu klären.
13. Region Marburger Land: Am 16.12.2014 wurde der Region Marburger Land der Anerkennungsbescheid für die Aufnahme in das Leader-Programm erteilt und die Region Marburger Land um folgende Städte/Gemeinden erweitert: Stadt Neustadt, Stadt Stadtallendorf, Gemeinde Lohra.

3. **Verleihung von Ehrenbezeichnungen gemäß § 51 Ziffer 3 HGO in Verbindung mit § 6 der Hauptsatzung der Gemeinde Weimar (Lahn)**

Drucksache: 11/38/2014/11-16

Dr. Dittrich, Vorsitzender des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses, erläuterte, dass einstimmig beschlossen wurde, Herrn Herbert Vollmer, Weimarer Weg 1, OT Wenkbach die Ehrenbezeichnung „Ehrenmitglied des Ortsbeirates Wenkbach“ und Herrn Reiner Sauer, Am Heier 35, OT Roth die Ehrenbezeichnung „Ehrenbeigeordneter“ zu verleihen.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, für mindestens 20-jährige ehrenamtliche Tätigkeit gemäß § 51 Ziffer 3 HGO in Verbindung mit § 6 der Hauptsatzung der Gemeinde Weimar (Lahn) folgenden Personen eine Ehrenbezeichnung zu verleihen:

1. Herbert Vollmer, Weimarer Weg 1,
Ortsteil Wenkbach = Ehrenmitglied des
Ortsbeirates Wenkbach
2. Reiner Sauer, Am Heier 35, Ortsteil Roth = Ehrenbeigeordneter

Beratungsergebnis: Einstimmig

4. **Ehrungen**

Drucksache: 11/39/2014/11-16

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Kurt Barth, sowie Bürgermeister Peter Eidam und der I. Beigeordnete, Herr Thomas Nuhn sprachen den zu Ehrenden Dank und Anerkennung für ihr geleistetes ehrenamtliches Engagement aus und überreichten hierzu eine Anerkennungsurkunde sowie ein Blumenpräsen.

Darüber hinaus erhielt Herr Heinrich Rupp, OT Wenkbach, Rother Straße 5, eine Ehrung für über 40-jährige ehrenamtliche Leistungen und ehrenamtliche Tätigkeit als Ortsgerichtsschöffe. Herr Günter Klein, OT Argenstein, Talstraße, wurde

gewürdigt für ehrenamtliche Leistungen und ehrenamtliche Tätigkeit als Mitbegründer und Fahrer des Bürgerbusses der Gemeinde Weimar. Herr Hans-Heinrich Heuser, OT Niederwalgern, Gießener Straße, wurde geehrt für rund 40-jährige Leistungen und ehrenamtliche Tätigkeiten für die Gemeinde Weimar. Auch hier sprachen Bürgermeister Eidam, der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Kurt Barth sowie der I. Beigeordnete, Herr Thomas Nuhn, Dank und Anerkennung für das Geleistete aus und ehrten mit einer Anerkennungsurkunde und einem kleinen Präsent.

Beratungsergebnis: Ohne Abstimmung

5. Haushaltssatzung 2015 (Haushaltsplan, Stellenplan, Investitionsprogramm) und Haushaltssicherungskonzept

Drucksache: 20/22/2014/11-16

Bürgermeister Eidam erläuterte, dass der Gemeindevorstand in seiner Sitzung am 04.12.2014 den Haushaltsentwurf 2015 nebst Investitionen, Stellenplan sowie Haushaltskonsolidierungskonzept beraten und beschlossen habe. Zunächst dankte er allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die an der Vorbereitung des Entwurfes mitgearbeitet und zu Erstellung beigetragen hätten. Der Haushaltsplanentwurf 2015 weise im Ergebnishaushalt einen Fehlbetrag von 305.810,00 € aus, im Vorjahr seien es noch 533.400,00 € gewesen, also ein klares Signal zum stetigen Minderfehlbetrag.

Herr Eidam wies darauf hin, dass der Kreishaushalt für das Haushaltsjahr 2015 im Entwurf eine Senkung der Kreisumlage um 1% umgesetzt habe, das Umlagesystem (Schulumlage) reduziere sich auf 19,9 %. Dies erscheine auf den ersten Blick als Entlastung für die Gemeinde. Tatsächlich ergebe jedoch auch für 2015 das Umlagesystem eine Mehrbelastung von 113.860,00 €.

Bis vor Kurzem sei die Zielvorgabe des Landes bis 2019 gewesen, einen ausgeglichenen Haushalt zu erarbeiten. Diese Ansätze seien jedoch von der Landesregierung verändert worden, sodass auch die Nicht-Schutzschirmkommunen bis 2017 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen hätten. Dies stelle natürlich auch die Gemeinde Weimar vor ein großes Problem. So gebe der letzte Erlass des Ministeriums vom Oktober 2014 einen klaren, sogenannten Konsolidierungskorridor von mindestens 40,00 € und maximal 75,00 € pro Einwohner und Jahr vor. Für die Gemeinde Weimar bedeute das einen Abbaupfad von exakt 71,71 € pro Einwohner. Diesen Abbaubetrag müsse die Gemeinde zusätzlich erfüllen, obwohl sie deutliche Strukturverbesserungen umgesetzt habe.

So biete die Gemeinde den Familien seit 2014 in allen Kindertagesstätten eine Ganztagsbetreuung mit Mittagstisch an und bis zum Ende dieses Jahres werde mit der Fertigstellung des Neubaus einer zweigruppigen U3-Einrichtung ein weiteres Angebot für Kinder unter drei Jahren vorhanden sein. Der Betrieb dieser Einrichtung erfolge in kirchlicher Trägerschaft. Er wolle nicht versäumen, an dieser Stelle sich für die gute Zusammenarbeit während der gesamten Projektierungsphase mit dem Kirchenvorstand der evangelischen Gemeinde zu bedanken.

Natürlich bedeutete die Umsetzung des Bauvorhabens für die Verwaltung einen großen Kraftakt, der jedoch von den Verantwortlichen aus dem gemeindlichen Bauamt mit Bravour gemeistert wurde. Von der Bauplanung, Baubegleitung bis hin zur Prüfung der Bauausführungen wurden diese Arbeiten vom gemeindlichen Bauamt ausgeführt. Ein herzlicher Dank gelte auch den beteiligten Firmen, so

Bürgermeister Eidam. Mit der Fertigstellung der U3-Kindertagesstätte zum Jahresende lägen die Voraussetzungen des Förderbescheides in Höhe von 300.000,00 € vor.

Eine solche Strukturverbesserung erfordere von der Gemeinde natürlich einen erheblichen finanziellen Kraftakt, auch durch entstehende Folgekosten. Durch Mehrstunden und Übernahme von Personal in den kommunalen Kitas sowie durch weitere Personal- und Sachkostenanteile aus dem U3-Betrieb in kirchlicher Trägerschaft, betrage der Mehransatz für 2015 und die Folgejahre ca. 370.000,00 €. Dies sei zwar gut investiertes Geld, da damit eine weitere Steigerung der gemeindlichen Attraktivität einhergehe, jedoch den Ergebnishaushalt erheblich belaste.

Im Jahr 2015 werden jedoch bestimmte Ansätze der Kindergartensatzung, wie z. B. die Kinderbeförderung angepackt werden müssen. Eine Anpassung der Kindergartengebühren werde damit ebenfalls einhergehen müssen.

Darüber hinaus unterhalte die Gemeinde ein vorbildliches, umfassendes Ferienspiel- sowie Betreuungsangebot für die Kinder.

Die Seniorenarbeit sei durch die Initiative „Älter werden in Weimar“ bereichert worden. In 2015 werde ein Koordinator für die Seniorenarbeit seine Arbeit aufnehmen. Diese Initiative wurde von Beginn an durch den Bürgerverein Weimar (Lahn) mit Sitz in Wolfshausen begleitet. Zur Finanzierung des Projektes habe inzwischen ein Förderbescheid entgegen genommen werden können.

Auch das Breitbandprojekt sei vorangetrieben worden und nahezu abgeschlossen. Die Inbetriebnahme erfolge voraussichtlich im Februar 2015. Am 04.02.2015, um 18:30 Uhr, würden die Fakten zur Inbetriebnahme in einer Informationsveranstaltung im Bürgerhaus Roth von der Telekom vorgestellt werden.

So hätten sich neben wichtigen Strukturverbesserungen auch die Sparbemühungen positiv auf den gemeindlichen Haushalt ausgewirkt. In vielen Bereichen habe man Einsparungen erzielen können, die jedoch durch neuerliche Aufgabenzuweisungen teilweise wieder zunichte gemacht wurden.

So habe er in den letzten Jahren wiederholt ausgeführt, dass dringend ein akzeptabler Finanzausgleich benötigt werde, da stetig mehr Aufgaben auf die Kommunen übertragen und zugleich weitere Leistungen von der Gemeinde erwartet würden.

Mittlerweile sei eine Modellrechnung zum kommunalen Finanzausgleich 2016 durch das Finanzministerium erstellt worden. Mit Schriftverkehr vom 25.11.2014 wurde der Gemeinde vom Finanzminister vertiefendes Datenmaterial übermittelt.

Die vorgelegten Daten seien in diesen Entwurf eingearbeitet worden. Der Finanzminister habe nebenbei mitgeteilt, dass der Datenansatz hohen Schwankungen unterliege. Also bestehe auch hierfür wiederum keine Gewähr.

Aber die Gemeinde müsse ja nun von irgendwelchen Zahlen ausgehen.

Er möchte an dieser Stelle keine inhaltlichen Bewertungen abgeben, es stehe jedoch fest, dass die Ermittlung der Finanzausgleichsmasse 2014 aus über 3.000 pflichtigen Aufgaben und weiteren Basiskriterien bestehe und es bleibe eine Mammutaufgabe, die sicherlich kein Zuckerschlecken für die Beteiligten, auch für den Finanzminister, der vor Ort den politischen Vertretern dieses Konzept vorgestellt habe, sei.

Die Gemeinde habe in den letzten Jahren die Gebührenhaushalte und die Steuern um ein verträgliches Maß angepasst. Im Bereich der Grundsteuern werde der defizitären Kommune ein Ansatz nach dem jeweiligen Jahreslandesdurchschnitt auferlegt. Dieser liege derzeit bei 359 %. Aufgrund des anstehenden kommunalen Finanzausgleichs 2016 gelte jedoch weiterhin ein

sogenannter Nivellierungssatz von 365 %, um nicht unerhebliche Mindereinnahmen zu erzielen und kein der Gemeinde zustehendes Geld durch den kommunalen Finanzausgleich zu verlieren.

Zusätzlich sei der Abbaubetrag zu erfüllen, obwohl die Gemeinde deutliche Strukturverbesserungen umgesetzt habe. Damit müsse die Gemeinde, ob sie wolle oder nicht, im Ergebnishaushalt 2015 mindestens 210.510,00 € weniger ausweisen als im Vorjahr, das seien genau 30,00 € pro Einwohner.

Um einen weiteren Betrag zur Konsolidierung umzusetzen um mittelfristig einen ausgeglichenen Haushalt zu erhalten, seien die Grundsteuerhebesätze A und B in diesem Entwurf mit 420 % angesetzt. Die gesamte Herleitung dieses Ansatzes gehe aus einem gesonderten Arbeitspapier hervor und wurde den Fraktionsvorsitzenden am 10.12.2014 vorgestellt und erläutert.

Zusammenfassend gelte zu diesem Ansatz folgendes Fazit:

- a) Nach dem vorliegenden Zahlenwerk sei der genannte Hebesatz Grundlage für einen genehmigungsfähigen Haushalt 2015
- b) Mit diesem Ansatz könne die Gemeinde den Konsolidierungskorridor einhalten und damit die weitere Haushaltsauflage des Landes Hessen erfüllen
- c) Keine weiteren Diskussionen zum Thema Grundsteuererhöhung in 2015 für das Haushaltsjahr 2016
- d) Ein Haushaltsausgleich könne schon in 2016 erreicht werden
- e) Die aufgelaufenen Defizite aus den Vorjahren könnten früher kompensiert werden
- f) Keine weiteren Grundsteuererhöhungen bis 2018

Bürgermeister Eidam führte an dieser Stelle einige Beispiele zur Erhöhung der Grundsteuer für verschiedene Wohnbauten aus.

Die Beispiele zeigen, so Bürgermeister Eidam, dass die Gemeinde die Bürgerinnen und Bürger in vertretbarem Maße mehr belasten (müsse). Sie trügen damit anteilmäßig dazu bei, die Konsolidierungsvorschriften zu erfüllen und letztlich damit die gute Infrastruktur mit optimaler Verkehrswegebenbindung und hoher Wohnqualität zu erhalten und zu verbessern.

Bezogen auf den Stellenplan ergäben sich keine gravierenden Abweichungen, so der Bürgermeister. Zwei Mitarbeiterinnen seien ausgeschieden. Der Stellenplan solle in bestehender Form für 2015 unverändert bleiben. So werde jede Wiederbesetzung einer Stelle von der Verwaltung einer kritischen Prüfung unterzogen. Er erachte daher eine weitere Stellenbesetzungssperre und weitere Einschränkungen zur Eingruppierungen für nicht notwendig. Die Ansätze seien aktualisiert worden, eingearbeitet sei eine Tarifierungsanpassung zum 01.03.2015 um 2,4 %.

Die Einzelhaushalte Abwassergebühren und Abfallentsorgung stellen sich ausgeglichen dar. Im Bereich Friedhofs- und Bestattungswesen nähere man sich einem Ansatz von ca. 80 % Deckung.

Zum Finanzhaushalt:

Für das Jahr 2015 ergebe sich insgesamt ein Finanzmittelfehlbetrag von 157.750,00 €, im Vorjahr seien das noch 390.780,00 € gewesen.

Das bedeute, dass für das Jahr 2015 eine Kreditaufnahme in Höhe von 413.600,00 € vorgesehen sei, wobei für die Tilgung der Kredite ein Betrag von 447.000,00 € eingeplant wurde. Damit gebe es, wie bereits im Vorjahr, keine

Nettoneuverschuldung, was ein wichtiges Kriterium im Haushaltsgenehmigungsverfahren sei.

Im Laufe des Jahres 2014 konnte der Kassenkredit erfreulicherweise stabil bei durchschnittlich ca. 2 Millionen Euro gehalten werden. In der Liquiditätsberechnung hätten sich jedoch Spitzenwerte von ca. 2,6 Millionen Euro ergeben. Aktuell liege der Ansatz bei 1,6 Millionen Euro (im Vorjahr 2,7 Millionen Euro).

Auszahlungen aus noch nicht abgerechneten Investitionen müssen noch erfolgen. Um laufende Haushaltsauszahlungen sicherzustellen, werde gemäß § 4 der Haushaltssatzung keine Veränderung des Ansatzes notwendig.

Im **Finanzplan** seien Investitionen vorgesehen, so Bürgermeister Eidam, die wie folgt als wesentliche Auszahlungen über einen Betrag von 10.000,00 € aufgeführt werden:

- Zeiteninsel: Gemäß Vereinbarung habe die Gemeinde 10 % von 530.000,00 €, abzüglich der bereits geleisteten Auszahlungen (25.000,00 €) leiste. Ergänzungen dieses Ansatz müssten in 2015 in einem Nachtrag geregelt werden, soweit die Gemeinde den Förderbescheid erhalte. Das Vertragswerk aller Beteiligten (Kreis, Stadt, Kommune) werde vom Ministerium am 18.12.2014 überreicht.
- Region Marburger Land: Nach Mitteilung des Ministeriums sei die Region Marburger Land erneut in das Leader-Programm aufgenommen und als lokale Aktionsgruppe von 2014 bis 2020 anerkannt worden. Damit werde ein Planungskontingent in Höhe von 1,85 Millionen an EU-, Bundes- und Landesmitteln für die Region in Aussicht gestellt. Die Gemeinde habe etwa 12.500,00 € einzubringen.
- Kindergarten Niederweimar: U3-Neubau ca. 34.500,00 €
- Kindergarten Oberweimar (geforderte neue Fluchttreppe): 12.000,00 €
- Dorferneuerung Allna (Abschluss des Maßnahme in 2015): 29.600,00 €
- Ortsdurchfahrten Oberweimar und Niederweimar (Verkehrsberuhigungsmaßnahmen, Gehwegerneuerung): 50.000,00 €
- Straßensanierungen nach der vorhandenen Prioritätenaufstellung: 100.000,00 €
- Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED-Technik: 25.000,00 €
- Hochwasserschutzmaßnahmen (Argenstein, Roth und Oberweimar): 75.000,00 €
- Die allgemeine Investitionspauschale von Land Hessen oder als Einzahlung in Höhe von 45.000,00 € eingeplant

Aufgrund des neuen Fehlbetrages bestehe auch für das kommende Haushaltsjahr die gesetzliche Forderung, ein Haushaltssicherungskonzept zu erstellen und zu beschließen. In dem vorliegenden Entwurf seien die Ursachen beschrieben und denkbare Konsolidierungsmaßnahmen aufgeführt. Die Anlage zu dem Haushaltssicherungskonzept erfolge in vereinfachter, tabellarischer Form, die mit der Kommunalaufsicht vorab abgestimmt wurde. In diesem Konzept seien die Gebührensätze für die Grundsteuer A und B eingearbeitet worden. Die Friedhofsgebühren waren mit einem Deckungsgrad von ca. 80 % anzupassen.

In Bezug auf die Senkung der Kosten für die gemeindlichen

Dorfgemeinschaftshäuser sei die Erstellung eines Nutzungskonzeptes vorgelegt worden. Im Frühjahr 2015 gehe die Ausarbeitung in die weitere Umsetzung. Die Ergebnisse werden in den einzelnen Ortsteilen vorgestellt und hierzu müssten Maßnahmenvorschläge erarbeitet werden.

Das Haushaltssicherungskonzept wurde mit den vorgenannten Maßnahmen und dem Maßnahmenkatalog der Vorjahre fortgeschrieben und aktualisiert.

Das Haushaltssicherungskonzept für 2015 habe ein Volumen von nominal 710.910,00 € (für das Vorjahr 114.700,00 €).

Die Gemeinde werde weiter an Strukturverbesserungen arbeiten müssen um zukünftig die Leistungsfähigkeit erhalten zu können. Gleichzeitig müsse jedoch immer der Ausgabebereich im Auge behalten werden, so Bürgermeister Eidam weiter.

Dafür würden die gemeindlichen Gewerbe- und Mischgebiete weiter entwickelt werden. Es hätten sich bereits Erfolge in der Ansiedlung von Gewerbebetrieben eingestellt. Auch die Ansiedlung eines Kreditinstitutes sei positiv zu bewerten. Er sei optimistisch, dass in 2015 weitere Flächen von dem Gewerbegebiet vor den Toren Roths vermarktet werden können. Ebenfalls sei ein weiterer Grundstücksteil im Misch- und Gewerbegebiet Wenkbach veräußert worden. Baubeginn des Dienstleistungsbetriebes, der sich dort ansiedeln wolle, sei für den Februar 2015 geplant.

Darüber hinaus sei ein erstes Grundstück im Gewerbegebiet Wolfshausen veräußert worden. Dort solle im Jahre 2015 ein handwerklich ausgerichtetes Betriebsgebäude erstellt werden.

Natürlich habe die Gemeinde auch die umfangreichen Pflichtaufgaben wie Straßensanierung und Hochwasserschutzmaßnahmen zu erfüllen. Das Thema Hochwasserschutz habe hohe Priorität. Durch die Vorlage des Hochwasserrisikomanagementplans hätten sich Maßnahmenvorschläge für die Gemeinde ergeben. Hier werde die weitere Vorgehensweise mit der Verwaltung, den Gremien und der Arbeitsgruppe „Hochwasserschutz“ in 2015 erfolgen und auf den Weg gebracht. Der Wasserverband Lahn-Ohm habe seine Unterstützung zugesagt.

Nach Möglichkeit wolle die Gemeinde natürlich auch weiterhin das Ehrenamt, die freiwilligen Leistungen und die Vereine unterstützen.

Die Gespräche zur interkommunalen Zusammenarbeit sollen vertieft und in 2015 solle versucht werden, konkrete Umsetzungen zu erreichen.

Aufgrund des anhaltenden Flüchtlingsstromes seien gegebenenfalls in 2015 Mittel für die Schaffung von Unterkünften per Nachtrag zu beschließen.

Grundsätzlich sei er überzeugt, dass die gemeindlichen Strukturen und die geografischen Lage weitere neue Möglichkeiten eröffnen werde und somit blicke er positiv in die Zukunft.

Der Haushaltsplanentwurf 2015 sei kein Wunschzettel, so Bürgermeister Eidam, er sei strategisch, zukunftsorientiert ausgerichtet und zeige der Gemeinde Aufgaben, Maßnahmen und Probleme für das nächste Jahr auf. Der Entwurf habe mittelfristig den Haushaltsausgleich in 2017 im Visier, bei Realisierung aller Planansätze gegebenenfalls schon in 2016.

Er bitte alle kommunalen Gremienvertreter um eine faire und sachliche Beratung und bitte um Zustimmung zum Haushaltsentwurf 2015.

Er bedanke sich im Namen des Gemeindevorstandes persönlich für die geleistete Arbeit im abgelaufenen Jahr und wünschte Allen mit den dazugehörigen Familien frohe Weihnachten und einen guten Rutsch ins neue Jahr.

Herr Hans Jakob Heuser (Fraktionsvorsitzender) stellte den Antrag, den Haushaltsplan mit seinen Anlagen zur Beratung an den HFWA zu überweisen.

Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung beschließt, den Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2015 mit den Bestandteilen des Haushaltsplanes (Gesamthaushalt, Teilhaushalten, Stellenplan, Investitionsprogramm) sowie den Entwurf des Haushaltssicherungskonzeptes zur weiteren Beratung an den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss zu überweisen.

Beratungsergebnis: Einstimmig

**6. Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie:
Ober- und unterwasserseitige Wiederanbindung des Altwassers (Röthger Pfuhl) an die Lahn**

Drucksache: 60/12/2014/11-16

Es berichtete der Vorsitzende des Ausschusses für Bau, Planung, Energie und Umweltschutz, Herr Hans Jakob Heuser: Der Ausschuss habe sich bereits in der vorletzten Sitzung mit dem Tagesordnungspunkt befasst und aufgrund der nochmaligen Rückverweisung keine Veranlassung gesehen, die ursprüngliche Beschlussempfehlung zu verändern. Die Überlegung sei seiner Zeit gewesen, ob die Möglichkeit bestehe, dass Teile dieser Maßnahme als Ausgleichsfläche anerkannt werden könnten. Dies habe allerdings auf die Beschlussempfehlung keinen Einfluss. Herr Siegfried Koch (SPD) erklärte, dass bei der Umsetzung der Maßnahme durch Weimar und Fronhausen Teile der Maßnahme als Kompensationsmaßnahme umgesetzt werden könnten. Es biete sich die Gelegenheit, die Kompensationsverpflichtungen für die Baugebietserweiterung Roter Weg II in Niederweimar in diese Maßnahme zu integrieren. Um den Handlungsspielraum und die Option der Gemeinde im weiteren Verfahren nicht zu beschränken, sollte nach seiner Meinung daher der Satz, „dass das extensiv genutzte Grünland (ca. 3 ha) weiterhin bewirtschaftet werden könne“, entfallen. Die Beteiligung an der Planung und Sicherung des Kanutourismus auf dem Gebiet der Gemeinde Weimar sollten insbesondere zu Wahrung der Interessen der Gemeinde in den Beschluss aufgenommen werden, da die Flächen später dauerhaft von der Gemeinde auch unterhalten werden müssen.

Er stellte daher für seine Fraktion folgenden Antrag: Die Gemeindevertretung beschließt, die Gemeinde Fronhausen zu ermächtigen, die notwendigen Schritte, welche zur Umsetzung der Maßnahme „Röthger Pfuhl“ notwendig sind, durchzuführen. Grundlage hierfür ist der öffentlich-rechtliche Vertrag zwischen der Gemeinde Fronhausen und dem Land Hessen. Die konkrete Planung im Bereich des Röthger Pfuhls auf dem Gemeindegebiet Weimar ist vor der wasserrechtlichen Genehmigung mit der Gemeinde Weimar abzustimmen. Zu beachten ist die Vorgabe, dass der Kanutourismus auf der Lahn nicht wesentlich beeinträchtigt wird (Mindestwasser, Einbau der Ufersicherung als Strukturbildner im Lahnbett).

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Kurt Barth, ließ sodann über den vorstehenden Antrag der SPD-Fraktion abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 5 Ja-Stimmen 8 Nein-Stimmen 7 Enthaltungen

Damit ist der Änderungsantrag der SPD-Fraktion abgelehnt.
Es folgte sodann die Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bau, Planung, Energie und Umweltschutz

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, die Gemeinde Fronhausen zu ermächtigen, die notwendigen Schritte, welche zur Umsetzung der Maßnahme „Röthger Pfuhl“ notwendig sind, durchzuführen. Die konkrete Planung im Bereich des „Röthger Pfuhls“ auf dem Gemeindegebiet Weimar ist vor der Genehmigung mit der Wasserbehörde abzustimmen. Zu beachten sind die Vorgaben, dass das extensiv genutzte Grünland weiterhin bewirtschaftet werden kann und der Kanutourismus auf der Lahn nicht wesentlich beeinträchtigt wird.

Beratungsergebnis: Einstimmig

7. **A. Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 11.7 "In der Keisläng", im Bereich "Weimarer Weg", Ortsteil Wenkbach;**
B. 36. Änderung des Flächennutzungsplans "In der Keisläng" im Bereich "Weimarer Weg" im Parallelverfahren

Drucksache: 41/52/2014/11-16

Auch hier berichtete der Vorsitzende des Ausschusses für Bau, Planung, Energie und Umweltschutz, Herr Hans Jakob Heuser, dass der Ausschuss den Beschlussvorschlag auf der Vorlage als Empfehlung der Gemeindevertretung unterbreite.

Herr Jost-Hendrik Kisslinger (Fraktionsvorsitzender CDU) erkundigte sich, ob der Ortsbeirat zu dem Sachverhalt gehört wurde, worauf der Ausschussvorsitzende erklärte, dass ihm eine offizielle Stellungnahme des Ortsbeirates nicht vorliege, jedoch mehrere Gespräche mit Mitgliedern des Ortsbeirates stattgefunden hätten.

Beschluss:

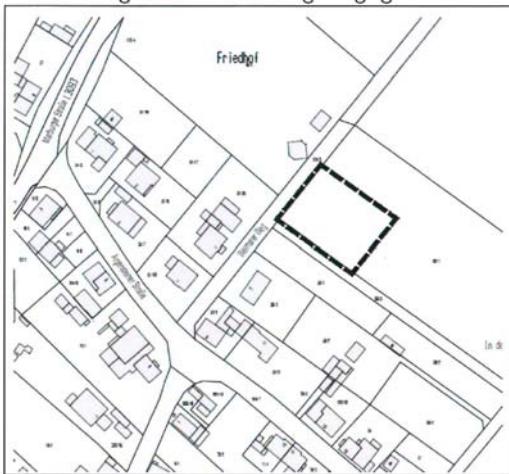
Die Gemeindevertretung beschließt, gemäß § 2 Abs. 1 BauGB

A. die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 11.7 „In der Keisläng“ im Bereich „Weimarer Weg“ und

B. die 36. Änderung des Flächennutzungsplanes „In der Keisläng“ im Parallelverfahren.

Das Plangebiet zu A. und B. befindet sich am Nordrand des Ortsteils Wenkbach am „Weimarer Weg“ auf einer Teilfläche des Flurstücks 60/1 der Flur 1, Gemarkung Wenkbach.

Der Geltungsbereich ist wie folgt abgegrenzt:



Die Kosten des Verfahrens trägt der Veranlasser bzw. der durch die Aufstellung des Bebauungsplanes Begünstigte.

Der Gemeindevorstand wird beauftragt, den Beschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

Beratungsergebnis: 19 Ja-Stimmen 1 Stimmenthaltung

Der Ausschussvorsitzende dankte an dieser Stelle der langjährigen stellvertretenden Schriftführerin im Ausschuss, Frau Dr. Heike Rupp, für ihre ehrenamtliche Tätigkeit.

8. **Antrag der CDU-Fraktion vom 05.09.2014 auf Durchführung einer Organisationsuntersuchung;**

Drucksache: 11/27/2014/11-16

Der Vorsitzende des Haupt- Finanz- und Wirtschaftsausschusses, Herr Dr. Dittrich, erläuterte, dass man im Ausschuss zur weiteren Vorgehensweise vereinbart habe, zunächst mit dem Büro CCE Consult eine Präsentation für die Mitglieder des Ausschusses vor der nächsten Sitzung am 21.01.2015 zu vereinbaren, um anschließend der Gemeindevertretung einen Beschlussvorschlag unterbreiten zu können.

Der Tagesordnungspunkt wurde daher ohne weitere Beratung verlassen.

Beratungsergebnis: Zurückgestellt

9. **Berichte der Delegierten aus den Verbandsversammlungen**

Drucksache: 11/82/2012/11-16

a) Herr Reiner Sauer berichtete aus den Verbandsversammlungen des ZMW 2014:

Im Jahr 2014, so Herr Sauer, hätten mehrere Verbandsversammlungen und eine Verbandsschau stattgefunden. Die Gemeinde habe einen Stimmenanteil von 1,57 % bei insgesamt 27 Städten und Gemeinden sowie 3 Landkreisen als Mitglied. Aus den Statistiken des ZMW sei eine gleich bleibende Wasserabgabe in den letzten drei Jahren im Versorgungsgebiet festzustellen, sie liege jährlich bei ca. 16,6 Millionen m³ Trinkwasser. Es sei festzustellen, dass durch den demografischen Wandel und den Wegzug junger Menschen aus den ländlichen Gebieten in die Städte und der damit verbundenen Wassereinsparung sich die Wasserabgabe in den kommenden Jahren

erheblich reduzieren werde. Der Wasserverbrauch habe in 2013/2014 bei ca. 120-127 Liter pro Person und Tag gelegen und sei damit rückläufig. In der Gemeinde Weimar werde momentan der Rückgang der Wasserabnahme von 2011-2015 mit 5,11 % prognostiziert.

Daraus könne man entnehmen, dass bei gleich bleibenden Einnahmen, aber steigenden Fixkosten, eine Anpassung auf der Einnahmeseite unumgänglich sein werde.

Im Wirtschaftsjahr 2015 werde der Arbeitspreis bei 1,50 € netto (1,605 € brutto) pro m³ unverändert bleiben. Der Grundpreis (Zählermiete) wird sich um 0,90 € (netto) pro Hauswasserzähler erhöhen.

Herr Winfried Laucht (FBW) erkundigte sich, ob der Zweckverband vermehrt Wasser in das Rhein-Main-Gebiet verkaufe. Herr Sauer bestätigte, dass in Zukunft der ZMW Trinkwasser in das Versorgungsgebiet der OVAG im Rhein-Main-Gebiet liefern werde.

- b) Herr Reinhard Ahrens (Bündnis 90/Die Grünen) ist Vertreter im Rhein-Main-Verkehrsverbund und gab folgende Stellungnahme: Die letzte Verbandsversammlung in 2014 habe am 25.11. stattgefunden, so Herr Herr Ahrens. Positiv sei zu vermerken, dass nun auch der Ortsteil Kehna eine AST-Anbindung erhalten habe.

Das große Thema sei jedoch weiterhin die Streichung der Unterwegshalte zwischen Marburg-Süd und Gießen-Oswaldsgarten. So bleibe für die Südkreisgemeinden als schnelle Verbindung ins Rhein-Main-Gebiet der Mittelhessen-Express, der jedoch nur alle zwei Stunden verkehre. Das bedeute, dass die ohnehin schon vollen Züge des Mittelhessen-Expresses noch voller werden und in den Hauptverkehrszeiten zahlreiche Gäste stehen müssen. Gepäck, Fahrräder und Kinderwagen könnten daher oft nicht mitgenommen werden. Das alles nehme der Rhein-Main-Verkehrsverbund in Kauf wegen eines Fahrzeitgewinns von 13 Minuten. Außerdem sei das Fernverkehrsangebot auf der Main-Weser-Bahn verschlechtert worden. In Richtung Süden würden alle Intercitys in Karlsruhe enden. Es gebe somit keine umsteigefreie und schnelle Verbindungen in den Schwarzwald und an den Bodensee mehr sowie in die Schweiz. Das gleiche gelte auch in Richtung Norden nach Berlin.

Seiner Meinung nach treibe damit die Deutsche Bahn ihre Kunden in die Arme der Fernbusanbieter.

Die Forderung des Ortsverbandes Weimar von Bündnis 90/Die Grünen an den RMV laute daher weiterhin:

1. Die HLB-Züge sollten wieder auf allen Stationen zwischen Marburg und Gießen halten.
2. Der RMV sollte im Zusammenwirken mit dem Nordhessischen Verkehrsverbund den Fahrplan aller Züge des Nahverkehrs auf der Main-Weser-Bahn auf eine halbe Stunde verschieben. Das würde den Mittelhessen-Express zwischen Marburg und Frankfurt um halbe Stunde beschleunigen, da er sich in Gießen vom Intercity nicht mehr alle zwei Stunden überholen lassen müsse. Zwischen Marburg und Frankfurt könne dann mit der HLB ein sauberer halb-Stunden-Takt mit einem leicht merkbarem Fahrplan entstehen.
3. der RMV sollte die Intercitys in das RMV-Tarifgefüge einfügen. Dann könnten alle Züge auf der Main-Weser-Bahn diskriminierungsfrei genutzt werden.

Beratungsergebnis: Ohne Abstimmung

10. Anfragen

Es lagen keine Anfragen vor.

11. Verschiedenes

a) Herr Jost-Hendrik Kisslinger (Fraktionsvorsitzender CDU) nahm Bezug auf die Anfrage seiner Fraktion nach dem baulichen Zustand der Feuerwehrgerätehäuser. Es sei ihm zwar eine Mängelliste zugestellt worden, die aber nicht den Ansprüchen der Anfrage gerecht werde. Bürgermeister Eidam erklärte hierzu, dass in der letzten Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Energie und Umweltschutz die Anfrage besprochen und die Aufstellung von Herrn Herrmann, dem Gemeindebrandinspektor, erstellt wurde. Sollte die Aufstellung mit weiteren Daten ergänzt werden, so könne das natürlich in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Energie und Umweltschutz erfolgen.

b) Der Vorsitzende der Gemeindevertretung gab die nächsten Sitzungstermine bekannt:

Ausschuss für Soziales, Jugend, Familie und Sport:	19.01.2015
Ausschuss für Bau, Planung, Energie und Umweltschutz:	20.01.2015
Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss	21.01.2015
Gemeindevertretung	29.01.2015

c) Herr Kurt Barth erinnerte an positive als auch negative Ereignisse im Jahre 2014 und nannte dabei die Fußball-Weltmeisterschaft, die russischen Soldaten auf der Krim, die Opfer der Ebola-Krankheit sowie die IS-Terroristen. Es gab aber auch Gedenkfeiern in der Gemeinde Weimar, das 40-jährige Bestehen, Erinnerungen an den großen Krieg vor hundert Jahren und auch die Erinnerungen an den Zweiten Weltkrieg, der vor 75 Jahren begann. Natürlich gedachte man auch im November an den Mauerfall vor 25 Jahren, der Deutschland wiedervereinte.

Es war ein Jahr mit vielen Kriegen, der aus den Krisenherden der Welt viele Flüchtlinge in die Bundesrepublik Deutschland, nach Hessen, den Landkreis und letztlich auch in die Gemeinde strömen ließ. Dieser Situation müsse man sich stellen und alles tun, um den Flüchtlingen Schutz und Bleibe zu bieten.

In der Gemeinde selbst habe man sich mit zwei großen Themen beschäftigt: Mit der Zeiteninsel in Argenstein und dem Thema der U3-Betreuung, verbunden mit den Überlegungen, wie viele Plätze benötigt werden und wie die Kinderbetreuungszeiten aussehen sollen.

Für die Zeiteninsel konnte ein Vertrag mit der Stadt Marburg und dem Landkreis abgeschlossen werden, bei dem die Defizite für die Gemeinde Weimar bei maximal 10 % liegen und die restlichen Aufwendungen sowohl von der Stadt Marburg als auch dem Kreis getragen werden sollen.

Die derzeitigen Kinderbetreuungszeiten würden inzwischen von allen sehr positiv gesehen und seien nach Aussage der Kindergartenleitungen überlebensnotwendig. So werde der Neubau für die U3-Betreuung in den nächsten Tagen fertiggestellt. Was noch erfreulicher sei, dass alle Plätze für das erste Jahr bereits vergeben seien. Dadurch, so Herr Barth, würde die Gemeinde Weimar für junge Familien deutlich an Attraktivität gewinnen.

Zum Thema Haushalt sei zu erwähnen, dass dieser erst von der Kommunalaufsicht genehmigt wurde, als die Gemeindevertretung die Erhöhung der Grundsteuer B auf 320 % festsetzte. Für den nächsten Haushalt stünden wieder deutliche Erhöhungen für die Grundsteuern an. Die

Gemeinde sei leider weiterhin defizitär und somit müsse die Höhe der Grundsteuer B 10 % über dem Mittelwert vergleichbarer hessischer Kommunen liegen. Als weiteres Druckmittel zur Erhöhung der Grundsteuern habe die hessische Landesregierung beschlossen, bei der Berechnung der kommunalen Zuweisungen von einer Mindesthöhe der Grundsteuer B in bestimmten Jahren auszugehen, z. B. für 2014 360 %. Da die Gemeinde nur 320 % erhebe, fehlten ihr dadurch Gelder aus der Zuweisung.

Alle Ortsteile würden inzwischen mit LED-Beleuchtung ausgestattet, leider aber hätten dringende Reparaturen an Bürgerhäusern, z. B. Wenkbach, nicht ausgeführt werden können, obwohl sie im Haushalt vorgesehen waren. Dafür werde es im nächsten Jahr eine Studie zu den Bürgerhäusern geben. Die gemeindlichen Gremien würden im nächsten Jahr entscheiden müssen, wie weiter vorgegangen werden soll.

Der gemeindliche Bürgerbus, der Vorbildfunktion im Landkreis Marburg-Biedenkopf habe, dürfe weitere drei Jahre die Ortsteile miteinander verbinden. Positiv sei zu hören, dass die Zahl der Fahrgäste leicht zunehme. Das Thema „Älter werden in Weimar“ werde durch den Förderverein „Bürgerhilfe in Weimar e. V.“ voran getrieben. Gelder für eine Koordinatorenstelle wurden bewilligt.

In allen Ortsteilen der Gemeinde sei inzwischen das Breitbandkabelnetz verlegt worden, sodass man mit dem „schnellen“ Internet einen großen Schritt vorangekommen sei, vielleicht auch einem moderneren Ratsystem.

Das alles seien Dinge, so Herr Barth, um die Gemeinde zukunftsweisend und attraktiv für Neubürger aufzustellen. Auch eine zukunftsfähig aufgestellte Verwaltung gehöre dazu; dies soll durch eine Organisationsuntersuchung erreicht werden.

Mit Sicherheit werde allerdings auch das Thema der Unterbringung von Flüchtlingen die Gemeinde beschäftigen. Er könne hier nur an jeden appellieren, sich umzusehen, und sich für vorhandene Wohnflächen von Flüchtlingen stark zu machen. Getreu einem Zitat von Goethe „Was immer du tun kannst oder erträumst zu können, beginne es jetzt“.

- d) Er danke an dieser Stelle den Bediensteten der Verwaltung, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kindergärten und des Bauhofes und zollte Anerkennung für die geleistete Arbeit. Persönlich bedanke er sich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Unterstützung, die er erhalten habe. Besonders gelte dies für Herrn Dörr und die langjährige Schriftführerin Frau Rohrbach, sowie auch an Frau Böth, die diesen Abend mit organisiert habe. Er danke auch dem Kegelverein „Gockel“, der für diesen Abend die Bewirtung übernommen habe.

Bei dem Gemeindevorstand und Herrn Bürgermeister Eidam bedanke er sich für die gute Zusammenarbeit.

Ein herzliches Dankeschön gehe an alle Ortsvorsteherinnen und Ortsvorsteher für die Arbeit in den jeweiligen Ortsteilen.

Gemeindebrandinspektor Markus Herrmann, seinem Stellvertreter Oliver Grün und den Wehrführern mit ihren Kameradinnen und Kameraden der einzelnen Wehren gelte sein besonderer Dank und große Anerkennung für die geleistete Arbeit, die vielen Unterrichtseinheiten, Übungen und Einsätze, denn auf unsere Wehren sei immer Verlass. Er sprach hierbei die besonders traumatisierenden Einsätze an, wie z. B. der Unfall in Wolfshausen mit Todesfolge. Unser aller Mitgefühl, so Herr Barth, gelte den Angehörigen, den Opfern, aber auch den Unfallbeteiligten und den Unfallhelfern am Ort. Er danke allen Vereinen und dem Seniorenrat für die geleistete Arbeit und

wünschte allen Vereinen mit ihren engagierten Mitgliedern größtmögliche Erfolge im neuen Jahr.

Sein weiterer Dank gelte der Arbeit des Fördervereins für Bürgerhilfe Weimar, den Bürger helfen Bürgern und den ehrenamtlichen Fahrern des Bürgerbusses. Er danke auch der örtlichen Presse für die regelmäßige Berichterstattung. Allen Bürgerinnen und Bürgern der Gemeinde Weimar, die sich an irgendeiner Stelle ehrenamtlich für das Gemeinwohl oder auch für das Wohl bedürftiger Bürger einsetzen, gelte seine Anerkennung und sein Dank. Dank sagen möchte er auch an alle Mandatsträgerinnen und Mandatsträger für die vielen aufgewendeten ehrenamtlichen Stunden, die zur Ausübung ihres Amtes notwendig seien. In seinen Dank schloss er auch die jeweiligen Partner mit ein für das notwendig aufgebrachte Verständnis.

Allen Zuhörern, den Mitgliedern der Gremien und ihren Angehörigen sowie allen Weimarer Bürgerinnen und Bürgern wünsche er frohe und gesegnete sowie besinnliche Weihnachten, allzeit Gesundheit und ein gutes erfolgreiches Jahr 2015.

Ende der Sitzung: 20:45 Uhr

Der Vorsitzende:

Die Schriftführerin

Kurt Barth

Rita Rohrbach